

Russland

Moskau wollte offenbar Volksentscheid in Schottland beeinflussen

Einem Untersuchungsbericht des britischen Parlaments zufolge hat sich Russland 2014 in das schottische Referendum eingemischt. Die Bedrohung sei nicht erkannt worden.

21. Juli 2020, 15:20 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, AP, dpa, Reuters, [sr](#) / [115 Kommentare](#) /



Schottische Aktivisten 2014 in Glasgow – vor dem Unabhängigkeitsreferendum im September des Jahres © Dylan Martinez/Reuters

Russland [<https://www.zeit.de/thema/russland>] soll versucht haben, das schottische Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2014 [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/schottland-grossbritannien-referendum>] zu beeinflussen. Das geht aus einem Bericht des britischen Geheimdienst- und Sicherheitsausschusses über die russische Einmischung in Politik und Wahlen hervor, wie die britische Zeitung *The Telegraph* am Dienstag berichtete. Es handele sich um die "erste postsowjetische Einmischung in eine demokratische Wahl im Westen", zitierte die Zeitung aus dem lange erwarteten Bericht. Die Schotten hatten damals mit 55 Prozent gegen eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich [<https://www.zeit.de/thema/brexit>] gestimmt. Der Report wurde bereits 2019 erstellt und am Dienstag veröffentlicht.

Im Bericht wird auch eine zu zögerliche Reaktion auf eine mutmaßliche russische

Einflussnahme auf das Brexit-Referendum 2016 kritisiert. Es sei "erstaunlich", dass niemand versucht habe, den demokratischen Prozess zu schützen, schrieb der Parlamentsausschuss im Bericht.

Die Autoren beschuldigen die damalige britische Regierung, "aktiv vermieden" zu haben, Hinweisen auf eine Gefährdung des Referendums durch Russland [<https://www.zeit.de/thema/russland>] nachzugehen. "Ernsthafte Fragen müssen gestellt werden", schrieben sie. Es sei zwar "schwierig – wenn nicht gar unmöglich – zu beweisen", dass Russland tatsächlich versucht habe, sich in das Brexit-Referendum einzumischen, heißt es in dem Bericht. Die britischen Behörden hätten die Bedrohung aber bereits 2014 erkennen sollen.

Die britische Regierung sei diesen Hinweisen nicht vollumfänglich nachgegangen. Es habe keine Einschätzung zu einer russischen Einmischung gegeben. Die Regierung habe die Bedrohung erst im Zuge des Hackerangriffs auf den Dachverband der Demokratischen Partei in den USA verstanden. "Folglich hat die Regierung keine Schritte unternommen, um das Verfahren Großbritanniens 2016 zu schützen", hielt der Bericht fest.

Russland als feindliche Macht

Die britischen Geheimdienste werden vom Ausschuss daher zu einer Bewertung in dieser Frage aufgefordert. Allerdings waren die Teile des Russland-Berichts zum Brexit weitgehend geschwärzt. Premierminister Boris Johnson hatte eine Freigabe des Reports noch vor der Parlamentswahl abgelehnt. Das heizte Spekulationen in Großbritannien [<https://www.zeit.de/thema/grossbritannien>] an, dass der etwa 50 Seiten umfassende Bericht wenig schmeichelhaft für die regierenden Konservativen ausfallen dürfte. Nach einem Bericht der *Sunday Times* vom vergangenen Jahr wurden für den Report unter anderem die Beziehungen mehrerer russischer Großspender der britischen Konservativen zum russischen Inlandsgeheimdienst FSB unter die Lupe genommen.

Russland steht in dem Bericht als feindliche Macht da, die eine erhebliche Bedrohung für Großbritannien und den Westen darstelle, und zwar an verschiedenen Fronten, von Spionage und Cyberangriffen bis hin zu Wahlmanipulationen und Geldwäsche. Russische Einflussnahme in Großbritannien sei die "neue Normalität" und das Land eines der wichtigsten Ziele des russischen Geheimdiensts. Verschiedene Londoner Regierungen hätten immer wieder russische Oligarchen mit offenen Armen willkommen geheißen. Russen mit "sehr engen Verbindungen" zu Präsident Wladimir Putin seien "gut in die geschäftliche, politische und gesellschaftliche Szene des Vereinigten Königreichs

integriert" gewesen.

Die russische Regierung wies die Anschuldigungen umgehend zurück. Russland habe sich nie in Wahlen eines anderen Landes eingemischt, teilte das Präsidialamt in Moskau mit. Russland wird unter anderem auch vorgeworfen, Einfluss auf die US-Wahl 2016 zugunsten von Präsident Donald Trump genommen zu haben.

Vergangene Woche erst hatte Außenminister Dominic Raab in einer schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt, dass "russische Akteure" versucht haben sollen, sich in die Parlamentswahl 2019 einzumischen [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/grossbritannien-russische-akteure-einflussnahme-parlamentswahl-dominc-raab>]. Die Beeinflussung der Wahl sei über die massenweise Verbreitung von illegal beschafften Regierungsdokumenten im Internet geschehen. Diese bezogen sich nach Angaben Raabs auf Handelsfragen zwischen Großbritannien und den USA. Dazu teilte die britische Behörde für Cybersicherheit NCSC mit, sie habe Versuche russischer Hacker registriert, weltweit Daten von Forschungsinstituten zu stehlen, die an Coronavirus-Impfstoffen arbeiten. Es geht dabei den Angaben zufolge aber nicht um Sabotage, sondern um Industriespionage.